



Berichte der Kommission für Volkswirtschaft und Energie (VE)

Beschlussentwurf zur Genehmigung der Programmvereinbarung zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, vertreten durch das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), und dem Kanton Wallis, vertreten durch das Departement für Volkswirtschaft, Energie und Raumentwicklung, über die Förderung des kantonalen Umsetzungsprogramms Regionalpolitik 2012–2015

1. Ablauf

Die Kommission für Volkswirtschaft und Energie (VE) ist am Dienstag, 17. April 2012, von 9.00 bis 12.00 Uhr im Raum 6, im Espace Porte de Conthey in Sitten zusammengekommen.

Kommission VE:

Mitglieder	Vertreten durch	17.04.12
Clausen Diego (Präsident)		X
Bressoud François (Vize-Präsident)		X
Delessert Frédéric (Berichterstatter)		X
Andenmatten Anton	Studer Rainer	X
Arnold Fredy		X
Briguet Bernard		X
Centelleghé Moreno		X
Gaillard Joël		X
Massy Mittaz Marie-Noëlle	Cordonier Gratien	X
Resenterra Aldo	Delasoie Marcel	X
Chappot Florian		X
Rossier Jean		X
Schmid Jean-Marie		X

Vertreter des DVER:

Jean-Michel Cina, Staatsrat, Departementsvorsteher,
Ursula Kraft, Stellvertreterin, Dienststelle für Wirtschaftsentwicklung,
Damien Luyet, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Dienststelle für Wirtschaftsentwicklung.

2. Präsentation des Projekts und Eintretensdiskussion

Der Departementsvorsteher, J-M. Cina, erwähnt in seiner Einleitung, dass der Staatsrat befugt ist, über den Inhalt der Programmvereinbarung mit dem Bund zu verhandeln. Jedoch überschreiten die damit verbundenen Beträge 10 Millionen Franken, weshalb der Staatsrat den Beschlussentwurf dem Grossen Rat unterbreiten muss. J-M. Cina erinnert an die Änderungen in der vorangegangenen Periode (Programmvereinbarung 2008–2011), in der vor allem die sozio-ökonomischen Regionen von 8 auf 3 zurückgingen, mit der Schaffung von zwei Betrieben, und zwar einem für das Oberwallis und einem für das Zentral- und Unterwallis. Weiter erklärt er, dass der Entwurf zur Programmvereinbarung in Zusammenarbeit mit den sozio-ökonomischen Regionen ausgearbeitet wurde. Schliesslich erwähnt er, dass das SECO den Zeitraum 2008–2011 wie auch das neue Programm 2012–2015 für das Wallis sehr positiv bewertet.

Ursula Kraft, Stellvertreterin und Chefin der Geschäftseinheit innerhalb der Dienststelle für Wirtschaftsentwicklung präsentiert anschliessend eine Rückschau über die vorangegangene Periode. Dazu wird der Kommission eine Präsentation abgegeben. Auf die Frage, ob das Geld noch verfügbar sei, das in der erwähnten Zeitspanne nicht verwendet wurde, wird geantwortet, dass die nicht verwendeten Mittel an den Bund zurückgegeben werden müssen. Dagegen bleibt das Geld für noch nicht abgeschlossene Projekte aus dem vorangegangenen Zeitraum beim Kanton und wird bis 2015 für diese Projekte verwendet. Die Zinsen aus diesen Mitteln bleiben als Entschädigung für die Fondsverwaltung ebenfalls beim Kanton. Der Departementsvorsteher hält ebenfalls fest, dass das Programm zur Unterstützung der Wirtschaft in diesem Zeitraum geschaffen wurde. Bern hat seitdem die Bewilligungskriterien erweitert, die anfänglich von der NRP festgelegt wurden, was im Hinblick auf die verfügbaren Mittel zu einer grösseren Zunahme von Projekten als erwartet führte. Dies veranlasste den Bund notgedrungen dazu, die Kriterien einzuschränken. Das Departement verhandelte mit Bern, damit für die angekündigten Projekte (die jedoch ausserhalb der Frist lagen), die im Rahmen des Unterstützungsprogramms zugewiesene Finanzierung beibehalten wird.

Geografische Verteilung der berücksichtigten Projekte

Auf die Frage, wie die geografische Verteilung für die auf Kantonsgebiet unterstützten Projekte ausfiel, wurde geantwortet, dass diese Analyse vom SECO nicht verlangt wurde und derzeit auch nicht durchgeführt werden könne. Sie werde aber erstellt und die Kommission werde über die Ergebnisse informiert.

Art der Budgetierung

Auf die Frage, ob das jährliche Budget pro Achse oder pro Projekt ausgearbeitet werde, wird erklärt, dass zu Beginn der Periode das Budget pro Achse festgelegt wird, da geeignete Projekte, die unterstützt werden, nicht unbedingt alle initiiert oder dem Kanton vorgelegt wurden. Zum Ende der Periode 2008–2011 bemühte man sich, die Projekte in dieser Zeitspanne zu verbuchen, um das verfügbare Budget so gut wie möglich auszuschöpfen und nicht das Budget des folgenden Zeitraums damit zu belasten.

Unterstützung des Industriesektors

Liest man die Ergebnisse der Periode, so könnte man meinen, der Industriezweig werde von den Programmen „stiefmütterlich“ behandelt. In Wahrheit ist es aber so, dass einzelne industrielle Unternehmen (die aufgrund der vom Bund festgelegten Bestimmungen keinen Anspruch auf Unterstützung haben) dennoch unterstützt wurden, und zwar mittels durchgeführter, finanziell unterstützter Projekte, insbesondere im Rahmen von „The Ark“. Es wird erwähnt, dass andere Instrumente vorgesehen sind, um die Industrieunternehmen individuell zu unterstützen, vor allem durch Steuerrabatte, Energierabatte, Ausbildungshilfen sowie die Beteiligung an der Miete/den Grundstückkosten, wenn sich ein neues Unternehmen niederlässt. Ein Abgeordneter unterstreicht, wie wichtig Energierabatte sind, und präzisiert, dass Industrieunternehmen aufgrund der Energiekosten ins Wallis gekommen sind. Sollte dieser Vorteil wegfallen, so ist anzunehmen, dass die Unternehmen nicht im Wallis bleiben.

Betreffend die Lage der Lonza und auf Nachfrage eines Abgeordneten, ob der Firma geholfen werde, wird daran erinnert, dass der Bund keine Möglichkeit bietet, einzelne Unternehmen im Industriebereich gemäss NRP zu unterstützen.

Unterstützung des Strukturwandels im Tourismus

Die Kommission beruft sich auf die zweite Handlungsachse „Unterstützung des Strukturwandels im Tourismus“ und fragt, ob die kulturellen oder sportlichen Infrastrukturen auch von der Unterstützung aus der Programmvereinbarung profitieren werden. Dies wird verneint, da die Hilfe zur Förderung überregionaler touristischer Infrastrukturen vorgesehen ist.

Bezüglich Optimierung und Vernetzung der Bergbahnbranche wird erläutert, dass die Studie „über die Bergbahnen“ vom Kanton durchgeführt wurde, weil Bern verlangte, dass der Kanton sich Überlegungen über die Zukunft der Bergbahnen machen sollte. Der Kanton wollte weiter gehen als der Antrag des Bundes, weshalb eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe geschaffen wurde.

Bezüglich der Wichtigkeit der dem Tourismus zugesprochenen Mittel wird präzisiert, dass es sich um einen Sektor handelt, für den die vom Bund vorgesehenen Mittel wichtig sind, und dass es normal sei, dass man daraus den grösstmöglichen Nutzen ziehen möchte.

Weshalb ist der Kanton Waadt der Ansprechpartner des Bundes für den interkantonalen Bereich?

Auf die Frage hin, weshalb der Kanton Waadt und nicht der Kanton Wallis der Ansprechpartner für den interkantonalen Bereich der CDEP-SO sei, wird erklärt, dass die Leitung darin bestehe, den administrativen Teil der NRP zu verwalten, und keinen Einfluss auf die Zuteilung der Bundesmittel an die Kantone habe. Es sei daher wenig sinnvoll, um eine administrative Aufgabe zu kämpfen, welche die Dienststellen noch mehr belasten würde, wohingegen die in Bezug auf die verfügbaren Mittel grösseren Kantonsverwaltungen dazu bereit sind, diese Funktion zu übernehmen. Bezüglich des alten IH-Fonds über CHF 300 Millionen wird erklärt, dass mit diesem die Darlehen des Programms gedeckt werden können, ohne dass man einen Zusatzbetrag beantragen muss.

The Ark

Auf die Bemerkung hin, dass „The Ark“ vor allem im französischsprachigen Wallis lokalisiert sei und die von der ETHL vorgesehenen Lehrstühle im Wallis in Sitten geplant seien und nicht im Oberwallis, antwortet der Departementsvorsteher, dass bezüglich der Standorte der verschiedenen Achsen von „The Ark“ die entsprechenden Spezialisierungen bereits bestanden, und zwar in Martinach (IDIAP), in Monthey (Chemie) sowie in Siders (Technologiepark). Es sei daher klar, dass „The Ark“ sich auf diese Kompetenzzentren festgelegt habe, was auch die Standorte erkläre, ebenso wie die Tatsache, dass diese Projekte dank den Impulsen der betroffenen Städte entwickelt worden seien, die auch Interesse daran hätten, diese Entwicklungen weiterzuführen. Man müsse ausserdem bedenken, dass der Technologietransfer dort schwieriger sei. Es scheine zudem auch wichtig, dass der Einfluss von „The Ark“ eher im Oberwallis zu spüren sei, indem die Stiftung dort Projekte fördert. Diese Wirkung sei wichtiger als die Ansiedlung an einem bestimmten Standort, vor allem wenn die betroffenen Städte nicht bereit seien, die Kosten der Umsetzung zu tragen. Die Zahlen verdeutlichten ausserdem, dass das Ziel erreicht worden sei, zumal ein Drittel der bewilligten Mittel von „The Ark“ in Innovationen geflossen seien, die von Oberwalliser Beteiligten stammten. Schliesslich erinnert Staatsrat Cina daran, dass in erster Linie der Unternehmer und weder der Staatsrat noch die DWE den Standort festlegt.

Ansiedlung der ETHL

Bezüglich der vorgesehenen Lehrstühle der ETHL war eine der von der ETHL gestellten Bedingungen auch, dass diese Lehrstühle an den Standorten angesiedelt werden, die nicht weiter als eine Stunde Fahrzeit von Lausanne entfernt sind. Diese Bedingung machte es unmöglich, einen Standort im Oberwallis zu wählen. Zudem ging es auch darum, mögliche Synergien mit dem künftigen Campus zu schaffen, der von der Stadt Sitten, Debiopharm und dem Kanton geplant wurde. Das Wichtigste, im Interesse des Kantons wie auch seiner verschiedenen sozio-ökonomischen Regionen war, dass die ETHL sich für das Wallis

entscheidet und die Lehrstühle dort eröffnet, da auch noch andere Kantone grosses Interesse an den Lehrstühlen angemeldet hatten.

Unterstützung der Agglomerationen

Das Gesetz über die Regionalpolitik präzisiert in Artikel 8, dass Agglomerationsprojekte gefördert werden. Ein Abgeordneter möchte wissen, in welcher Form dies geschieht. Es wird geantwortet, dass es eine gesetzliche Grundlage gibt, die es ermöglicht, die Schaffung von Agglomerationen zu subventionieren. Zur Förderung spezifischer Projekte werden die den jeweiligen Sektor betreffenden Instrumente angewendet. Zum Beispiel handelt der Kanton bei den Verkehrsinfrastrukturen aufgrund des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr. Damit alle Aspekte im Zusammenhang mit der Agglomerationspolitik abgedeckt werden (vor allem im Zusammenhang mit der NRP), wurde unter der Leitung des Vorstehers der Dienststelle für Raumentwicklung eine interdepartementale Arbeitsgruppe geschaffen.

2. Eintretensabstimmung

Die 11 anwesenden Mitglieder beschliessen **einstimmig**, darauf einzutreten.

3. Detailberatung

Art. 1

Kommentar:

Auf eine entsprechende Frage hin bestätigt Staatsrat Cina, dass der Betrag in Höhe von CHF 25,525 Mio. in der Tat dem Bruttobetrag entspreche, der zu Lasten des Kantons gehe.

Art. 2

Änderung

Der **GenehmigungsBeschluss** gilt als Rahmenkredit für die in Artikel 1 erwähnten Ausgaben.

4. Schlussabstimmung über die Änderung des Einführungsgesetzes

Die 11 anwesenden Mitglieder nehmen den Beschlussentwurf **einstimmig** an.

Der Präsident
Diego Clausen

Der Berichterstatter
Frédéric Delessert